

	BerufstTitelSchutz (BTSch)	Katalogisierung als Freier Beruf	Aufnahme Künstler-Sozial-Kasse	Prekarisierung von Frauen als Selbständige	Eingruppierung im ÖD nach EG 13	Auflegung eines Förderprogramms Kulturerbe
CSU	Nein.	„Müsste erörtert werden“.	Nur im Einzelfall zu entscheiden, da Restauratoren „im Regelfall“ keine eigenschöpferische Leistung erbringen	Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung durchsetzen, Flexibilisierung der Öffnungszeiten „für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie“, Familienpakt Bayern für eine familienfreundlichere Arbeitswelt	Rechtsanspruch auf höhere Vergütung in Abhängigkeit von den jeweiligen Tätigkeit kann geprüft und arbeitsrechtlich durchgesetzt werden	Bayern ist bereits Vorreiter bei der Kulturerbepflege, verschiedene Finanzierungen und Programme sollen fortgesetzt werden
Freie Wähler	Grundsätzlich ja, aber es gäbe bereits zwei Berufstitel (Diplomrestaurator und Restaurator in Handwerk), daher in diesem Falle eher nein. Berufsregister des VDR sei aber ein nützliches Mittel.	Nein, da Restauratoren „im wesentlichen“ Handwerker und „gewerblich tätig“ seien ...	Einerseits und andererseits ... Restauratoren werden im Gesamten nicht vom grundlegenden Künstlerbegriff erfasst – daher Einzelfallprüfungen ...	Kostenfreie Kinderbetreuung mit Rechtsanspruch auf Ganzttag; mehr Kindergeld und höhere Kinderfreibeträge	Für eine zeitgemäße und gerechte Regelung im Öffentlichen Dienst	„stehen einem Förderprogramm positiv gegenüber“
Grüne	Nein, denn „mit dem Diplom-Restaurator, dem staatlich geprüften Restaurator und dem Restaurator im Handwerk (gibt es) bereits geschützte Berufsbezeichnungen“. Die „Gewerke der Restaurierungsarbeit“ müssen sich abstimmen ...	Nein, da Abgrenzung ohnehin schwierig, für eine steuerliche Gleichbehandlung von Freien Berufen und Gewerbetreibenden. Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindewirtschaftsteuer	Nein. Aber Reduzierung der Mindestbeiträge in gesetzlichen Krankenkassen für „Kreative“ und „Digitale Plattformen, die Aufträge vermitteln, sollen in Sozialkassen einzahlen“ (?); Rente: Ziel ist solidarische Bürgerversicherung	Ausbau und Flexibilisierung von Kinderbetreuungsangeboten	Unklar: „den Hochschulabschlusses voraussetzende Stellen in die „entsprechende“ Entgeltgruppe aufnehmen.“ Und keine Abwälzung von Arbeiten auf niedrigere Entgeltgruppen“	Unklar: „ ... dass für notwendige Dinge wie den Schutz unseres Kulturerbes Mittel fehlen (...) wollen wir ändern“
Linke	Ja. Frage, in welcher Form Titel erworben wird, sollen Fachgespräche klären.	Ja, da Beruf Restaurator gemeinnützig ist. Gewerbesteuer soll in Gemeindewirtschaftsteuer	Linke will sich dafür einsetzen, da KSK zur Unterstützung aller „Kulturschaffender“	Mindesthonorare statt Dumpingwettbewerb. Ungerecht, dass „A-Klasse“ der freien Berufe	Ja. Für faire und gute Bezahlung für „gesellschaftlich wertvolle“ Berufe	Für stärkere Finanzierung von Schutz und Erhalt von Kulturgütern

		(Infrastrukturnutzung) umgewandelt werden, die auch Freiberufler zahlen. Freibeträge für Freiberufler mit geringem Einkommen.	mit geringem Einkommen gegründet.	privilegiert, während Restauratoren „teilweise erniedrigend“ wenig verdienen.		
SPD	Unentschieden, da die Fähigkeit zum „schonenden, reversiblen und nachvollziehbaren Arbeiten“ am Kulturgut auf verschiedenen Wegen erlangt werden könne ...	Nein. Restauratoren sind gewerbetreibend, wesentlich handwerklich tätig, nur „ausnahmsweise“ selbständig – nämlich bei Gutachtenerstellung und wiss. Veröffentlichungen oder künstlerischer Tätigkeit	Nein, nur wenn künstlerisch tätig. Keine Verkammerung möglich, keine eigenes Versorgungswerk, aber Ziel der Absenkung von KK-Beiträgen für Solo-Selbständige und Einbeziehung in die Rentenversicherung	Problem erkannt (aber Thema verfehlt: Selbständige spielen in Antwort keine Rolle). Flexiblere Arbeitszeitmodelle im Öffentlichen Dienst, Kindergrundsicherung, Kita beitragsfrei und verlässliche Ganztagschulen.	Ja, das Anliegen wird unterstützt. Die Einstufung muss der wissenschaftlichen Hochschulausbildung entsprechen.	SPD will Finanzierungsgrundlage für Denkmalschutz wie 1990, weil „Förderprogramm für das heimische Handwerk“. Resaturierungsprogramm wie in NRW ist „sinnvolle Ergänzung“ dazu.
FDP	Zur „Prüfung“ der Berechtigung des BTSch „im Gespräch bleiben“	„könnte sinnvoll sein“	„geprüft werden“ soll, in Überlegungen zur Weiterentwicklung der KSK die Behandlung der Restauratoren einfließen zu lassen und ihre geregelte Aufnahme zu prüfen.	Prekarisierung sei nicht nur „Frauenproblem“, sondern Teil unternehmerischen Risikos. Ihr soll durch Reform des Steuersystems und Bürokratieabbau begegnet werden ...	Ist (auch nach Überzeugung der FDP) Ländersache. Frage ist „Prüfauftrag“ bei Regierungsbildung.	Förderung muss „geprüft“ werden.
AfD	dafür	Für Aufnahme in Katalog nach §18 EStG	Keine Auskunft möglich, da generelle Reform des Krankenkassenwesens prioritär	Selbständige sind „freier“ in Termingestaltung als „staatsbedienstete“ Restauratoren, dafür im „Staatsdienst“ besser sozial abgesichert, aber Ausweitung des Öffentlichen Sektors wären „griechische Verhältnisse“, also generell: Einkommen	Nein, EG9 ist genug, weil „Staatsbedienstete“ ohnehin „privilegiert“ seien.	„begrüßenswert“

				eines Familienmitgliedes muss ausreichen (lies: Frau an den Herd), ansonsten Ausbau und Flexibilisierung von Kita-Angeboten für Selbständige		
--	--	--	--	--	--	--